

Gesetz über die Universität St.Gallen*

vom 26. Mai 1988 (Stand 1. Juni 2016)

Der Grosse Rat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 8. September 1987¹ Kenntnis genommen und

erlässt

in Anwendung von Art. 2 und 10 der Kantonsverfassung vom 16. November 1890^{2*}

als Gesetz:³

I. Allgemeine Bestimmungen

(1.)

Art. 1 Universität a) Stellung*

¹ Der Staat führt die Universität St.Gallen (Hochschule St.Gallen für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften).

² Die Universität ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit dem Recht der Selbstverwaltung.

Art. 2 b) Aufgaben*

¹ Die Universität lehrt und forscht in Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften sowie in ergänzenden Wissenschaften. Im besonderen setzt sie sich auf der Grundlage der geschichtlichen Entwicklung mit gegenwärtigen und zukünftigen Problemen von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, Umwelt und internationaler Zusammenarbeit auseinander.

1 ABl 1987, 1861.

2 nGS 25–61 (sGS 111.1).

3 Abgekürzt UG. nGS 23–70. Vom Grossen Rat erlassen am 13. April 1988; nach unbenützter Referendumsfrist rechtsgültig geworden am 26. Mai 1988; in Vollzug ab 1. Januar 1989.

² Sie fördert das Verantwortungsbewusstsein der Universitätsangehörigen gegenüber Mensch und Umwelt und bereitet den Studenten darauf vor, in Wirtschaft, Öffentlichkeit, Schule und Forschung nach wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen sowie nach ethischen Grundsätzen zu handeln.

³ Sie erfüllt Aufgaben der Weiterbildung, führt öffentliche kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen durch und arbeitet mit anderen Universitäten und Hochschulen zusammen.

Art. 3 Freiheit der Wissenschaft

¹ Die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung ist gewährleistet.

Art. 4 Akademische Grade und Diplome*

¹ Die Universität kann den Doktorgrad und andere akademische Grade sowie Diplome verleihen.

Art. 5 Universitätsstatut*

¹ Das Universitätsstatut⁴ regelt:

- a) Organisation der Universität;
- b) Aufgaben der Universitätsorgane;
- c) Rechte und Pflichten der Universitätsangehörigen.

² Es geht anderen Erlassen von Universitätsorganen vor.

II. Staatsaufsicht

(2.)

*Art. 6 Kantonsrat**

¹ Der Kantonsrat hat die Oberaufsicht über die Universität.*

² Er wählt den Universitätsrat.*

³ Er genehmigt:*

- a)* ...
- b)* ...
- c) die Vorschriften über Besoldung und berufliche Vorsorge von Dozenten und Verwaltungspersonal.⁵

4 sGS 217.15.

5 sGS 217.3.

Art. 7 Regierung*

¹ Die Regierung beaufsichtigt die Universität.

² Ihr obliegen insbesondere:

- a) Erlass von Vorschriften über Besoldung und berufliche Vorsorge von Dozenten und Verwaltungspersonal;⁶
- a^{bis}) Erlass von Vorschriften über die Beschränkung der Studentenzahl;
- b) ...
- c) Genehmigung des Universitätsstatuts⁷, der Habilitationsvorschriften⁸ sowie der Satzungen der wissenschaftlichen Institute und Forschungsstellen;⁹
- d) Genehmigung von Wahl und Entlassung des Rektors, der Prorektoren, der ordentlichen und ausserordentlichen Professoren sowie der Leiter der wissenschaftlichen Institute und Forschungsstellen;
- f)* ...
- g)* Genehmigung der Gebührenordnung;¹⁰
- h)* Festlegung der Entschädigung des Universitätsrates.

³ Regierung und zuständiges Departement können im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die das Geschäft betreffenden Akten einsehen.*

Art. 7^{bis} Steuerung*
a) Kantonsrat

¹ Der Kantonsrat:

- a) genehmigt den Leistungsauftrag;
- b) beschliesst den Staatsbeitrag;
- c) nimmt Kenntnis vom Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags und die Verwendung des Staatsbeitrags;
- d) nimmt im Rahmen des Geschäftsberichts der Regierung Kenntnis von der Geschäftsführung der Universität.

Art. 7^{ter} b) Regierung*

¹ Die Regierung:

- a) erteilt den Leistungsauftrag;
- b) beantragt den Staatsbeitrag;
- c) genehmigt den Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags und die Verwendung des Staatsbeitrags;

6 sGS 217.3.
 7 sGS 217.15.
 8 sGS 217.17.
 9 sGS 217.5 und 217.6.
 10 sGS 217.43.

- d) erlässt Vorschriften über:
1. Rechnungslegung und -konsolidierung;
 2. Bildung und Verwendung von Eigenkapital;
 3. Berichterstattung.

III. Universitätsorgane* (3.)

1. Universitätsrat* (3.1.)

Art. 8* *Stellung und Zusammensetzung*

¹ Der Universitätsrat ist das oberste Organ der Universität.

² Er besteht aus:*

- a)* der Vorsteherin oder dem Vorsteher des zuständigen Departementes als Präsidentin oder Präsident;
- b)* zehn weiteren Mitgliedern. Mitglieder anderer Organe der Universität sind nicht wählbar.

³ Die Amtsdauer beträgt höchstens vier Jahre. Sie endet spätestens mit der Vollendung des 70. Altersjahres. Im Übrigen konstituiert sich der Universitätsrat selbst.*

⁴ Die Regierung kann Mitglieder des Universitätsrates bei Vorliegen eines ausreichenden sachlichen Grundes während der Amtsdauer abwählen. Art. 21 Abs. 2 Bst. b bis e des Personalgesetzes vom 25. Januar 2011¹¹ werden sachgemäss angewendet.*

Art. 9 *Aufgaben*

¹ Dem Universitätsrat obliegen insbesondere:*

- a)* Erlass des Universitätsstatuts¹², der Habilitationsordnung¹³, der Promotions- und der Prüfungsvorschriften sowie der Satzungen der wissenschaftlichen Institute und Forschungsstellen;¹⁴
- b) Erlass von Vorschriften über das Dienstverhältnis der vollamtlichen Dozenten;

¹¹ sGS 143.1.

¹² sGS 217.15.

¹³ sGS 217.17.

¹⁴ sGS 217.5 und 217.6.

- c)* auf Antrag des Senates Wahl und Entlassung des Rektors, der Prorektoren, der ordentlichen und der ausserordentlichen Professoren, der übrigen Dozenten, des Verwaltungsdirektors sowie der Leiter der wissenschaftlichen Institute und Forschungsstellen. Die Berufungskommission kann dem Universitätsrat die Wahl eines ordentlichen oder eines ausserordentlichen Professors beantragen, wenn nicht die Abteilung oder der Senat ihren Vorschlag mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen abgelehnt hat;
- d) Wahl der Disziplinarkommission;
- e) auf Antrag des Senates Erteilung von Lehraufträgen, ausgenommen Lehraufträge für öffentliche Lehrveranstaltungen;
- f)* ...
- g) Aufsicht über die anderen Universitätsorgane;
- h) Festsetzung der Gebühren;¹⁵
- i) Erlass der Besoldungsrichtlinien der wissenschaftlichen Assistenten;
- k) Genehmigung der Entwicklungsplanung.

² Dem Universitätsrat obliegt der Erlass weiterer Vorschriften, soweit nicht andere Organe zuständig sind.*

Art. 10 Antragsrecht*

¹ Der Universitätsrat stellt der Regierung Antrag in Universitätsangelegenheiten.

Art. 10^{bis} Steuerung und Finanzhaushalt*

¹ Der Universitätsrat:

- a) beantragt Leistungsauftrag und Staatsbeitrag;
- b) beschliesst den Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags und die Verwendung des Staatsbeitrags;
- c) beschliesst Voranschlag und Jahresrechnung sowie den Geschäftsbericht.

2. Akademische Organe

(3.2.)

Art. 11 Senat

a) Stellung und Zusammensetzung

¹ Der Senat ist das oberste akademische Organ der Universität.*

² Ihm gehören an:

- a) die ordentlichen und die ausserordentlichen Professoren;
- b)* Angehörige von Mittelbau und Studentenschaft nach Universitätsstatut.¹⁶

¹⁵ sGS 217.43.

¹⁶ sGS 217.15.

217.11

Art. 12 *b) Aufgaben*

¹ Der Senat erfüllt die ihm durch Universitätsstatut¹⁷ und weitere Erlasse übertragenen Aufgaben.*

² Er gewährleistet Lehre und Forschung und erlässt Studienvorschriften.

Art. 13* *c) Antragsrecht*

¹ Der Senat stellt dem Universitätsrat Antrag im Bereich Lehre und Forschung.

Art. 14 *Senatsausschuss* *a) Zusammensetzung*

¹ Dem Senatsausschuss gehören an:

- a) der Rektor;
- b) die Prorektoren;
- c) die Abteilungsvorstände;
- d) der Verwaltungsdirektor;
- e)* Angehörige von Mittelbau und Studentenschaft nach Universitätsstatut.¹⁸

Art. 15* *b) Aufgaben*

¹ Der Senatsausschuss erfüllt die ihm durch Universitätsstatut¹⁹ und weitere Erlasse übertragenen Aufgaben, soweit sie nicht zum Aufgabenbereich eines anderen Organs gehören.

Art. 16 *Rektor*

¹ Der Rektor wird aus der Mitte der ordentlichen und der ausserordentlichen Professoren gewählt.

² Er erfüllt die ihm durch Universitätsstatut²⁰ und weitere Erlasse übertragenen Aufgaben, insbesondere:*

- a) Vorsitz in Senat und Senatsausschuss;
- b)* Leitung der Universität;
- b^{bis})* Vorbereitung der Anträge und Beschlüsse des Universitätsrates zu Leistungsauftrag und Staatsbeitrag sowie zur Berichterstattung;
- c) Einleitung und Koordination von Planungsmassnahmen;
- d) Vertretung der Universität nach aussen;
- e)* Aufsicht über die Universitätsverwaltung.

17 sGS 217.15.

18 sGS 217.15.

19 sGS 217.15.

20 sGS 217.15.

Art. 17 Prorektoren

¹ Die Prorektoren werden aus der Mitte der ordentlichen und der ausserordentlichen Professoren gewählt.

² Der Rektor überträgt ihnen Aufgaben zur selbständigen Erledigung.

Art. 18 Abteilungsvorstände

¹ Die Abteilungsvorstände werden aus der Mitte der ordentlichen und der ausserordentlichen Professoren gewählt. Rektor und Prorektoren stehen keiner Abteilung vor.

Art. 19 Abteilungen

¹ Die Abteilungen werden nach Fachbereichen gebildet.

² Sie erfüllen die ihnen durch Universitätsstatut²¹ und weitere Erlasse übertragenen Aufgaben und organisieren den Lehrbetrieb.*

³ Sie stellen dem Senat und dem Senatsausschuss Antrag in Abteilungsangelegenheiten, insbesondere für die Wahl von Dozenten und die Erteilung von Lehraufträgen.

Art. 19^{bis} Berufungskommissionen*

¹ Die Berufungskommissionen bereiten die Wahl der ordentlichen und der ausserordentlichen Professoren vor.

² Ihnen gehören an:

- a) der Abteilungsvorstand als Vorsitzender;
- b) der Rektor oder ein von ihm bezeichneter Vertreter;
- c) zwei bis drei von der Abteilung mit Zustimmung des Rektors gewählte ordentliche oder ausserordentliche Professoren;
- d) zwei bis drei weitere vom Rektor bezeichnete Mitglieder, wovon in der Regel eines nicht an der Universität tätig ist;
- e) je ein Vertreter von Mittelbau und Studentenschaft.

²¹ sGS 217.15.

3. Universitätsverwaltung*

(3.3.)

Art. 20 *Verwaltungsdirektor*

¹ Der Verwaltungsdirektor erfüllt die ihm durch Universitätsstatut²² und weitere Erlasse übertragenen Aufgaben.*

² Er organisiert und leitet die Verwaltung.

4. Mittelbau und Studentenschaft

(3.4.)

Art. 21* *Mittelbau*

¹ Dem Mittelbau gehören Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter nach Universitätsstatut²³ an.

Art. 22 *Studentenschaft*

¹ Die immatrikulierten Studenten bilden die Studentenschaft.

Art. 23* *Organisation*

¹ Mittelbau und Studentenschaft sind öffentlich-rechtliche Teilkörperschaften der Universität ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Art. 24 *Aufgaben*

¹ Mittelbau und Studentenschaft wirken in der Selbstverwaltung mit, erfüllen für ihre Mitglieder Aufgaben der Selbsthilfe und vertreten deren gemeinsame Interessen.

Art. 25 *Politische Betätigung*

¹ Mittelbau und Studentenschaft enthalten sich der politischen Betätigung ausserhalb des Aufgabenbereichs nach Art. 24 dieses Gesetzes.

Art. 26 *Mitgliederbeiträge*

¹ Mittelbau und Studentenschaft können in den Statuten Mitgliederbeiträge zur Erfüllung ihrer Aufgaben vorsehen.

² Der Beitrag darf einen Fünfzehntel des Kolleggeldes nicht übersteigen.

²² sGS 217.15.

²³ sGS 217.15.

5. Revisionsstelle*

(3.5.)

*Art. 27 Zuständigkeit und Aufgaben*¹ Die kantonale Finanzkontrolle²⁴ ist Revisionsstelle.*² Sie prüft das Rechnungswesen und die Jahresrechnung der Universität sowie der wissenschaftlichen Institute und Forschungsstellen.*³ Besondere Aufträge erfüllt die Finanzkontrolle nach Massgabe der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.^{25*}**IV. Dozenten**

(4.)

*Art. 28 Begriff und Aufgaben*¹ Dozenten sind:

- a) ordentliche und ausserordentliche Professoren;
- b)* weitere Personen nach Universitätsstatut;²⁶

² Sie erfüllen eine Lehr- und Forschungsaufgabe und wirken in der Selbstverwaltung mit.³ Das Universitätsstatut²⁷ regelt das Dienstrecht.**Art. 29 Verantwortlichkeits- und Disziplinarrecht*¹ Die Verantwortlichkeit der Dozenten richtet sich sachgemäss nach Verantwortlichkeits-²⁸ und Disziplinargesetz.²⁹**V. Teilnehmer an Lehrveranstaltungen**

(5.)

Art. 30 Zulassung
a) Grundsatz*¹ Zu Lehrveranstaltungen werden zugelassen:

- a) immatrikulierte Studenten;
- b) weitere Teilnehmer nach Universitätsstatut.³⁰

²⁴ Art. 42a ff. StVG, sGS 140.1.²⁵ Art. 42k StVG, sGS 140.1.²⁶ sGS 217.15.²⁷ sGS 217.15.²⁸ sGS 161.1.²⁹ sGS 161.3³⁰ sGS 217.15.

Art. 30^{bis}* *b) Beschränkung*

¹ Die Studentenzahl kann beschränkt werden, wenn die Gesamtzahl der Studienplätze an Universitäten in der Schweiz nicht genügt und die Träger anderer Universitäten in der Schweiz in den an der Universität St.Gallen gelehrt Studienrichtungen die Studentenzahl beschränken.

² Werden für die Aufnahme von Studienbewerbern nicht in allen Universitäten in der Schweiz einheitliche Kriterien angewendet, wird in erster Linie auf die Eignung für das vorgesehene Studium abgestellt.

³ Die Zahl der ausländischen Studenten mit Wohnsitz im Ausland kann beschränkt werden. Der Universitätsrat setzt den Anteil im Verhältnis zur Zahl der immatrikulierten Studenten fest, wenn keine Beschränkung nach Abs. 1 dieser Bestimmung erlassen wurde.

Art. 31 *Immatrikulation*

¹ Als Student wird immatrikuliert, wer:

- a) ein durch den Bund oder durch einen Kanton anerkanntes Maturitätszeugnis oder einen gleichwertigen Ausweis besitzt;
- b)* als Bewerber mit Wohnsitz im Ausland die vom Universitätsrat bestimmten Voraussetzungen erfüllt.

² ...*

Art. 32 *Vorschriften*

¹ Studien- und Prüfungsvorschriften regeln die Zulassung von Studenten zu Lehrveranstaltungen und zu Prüfungen.

Art. 33* *Gebühren*

¹ Der Universitätsrat kann Gebühren erheben für:

- a) Immatrikulation;
- b) Teilnahme an Lehrveranstaltungen;
- c) Prüfungen;
- d) besondere Leistungen der Universität.

² Gebühren nach Abs. 1 Bst. b dieser Bestimmung erreichen höchstens:

- 1. für Schweizer Studenten einen Drittel des Betrags nach Art. 12 oder, wenn sie höher liegt, die Höchstgrenze für individuelle Studiengebühren nach Art. 15 der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997;³¹

31 sGS 217.81.

2. für ausländische Studenten, die zur Zeit der Erlangung des anerkannten Maturitätszeugnisses oder gleichwertigen Ausweises³² Wohnsitz in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein hatten, einen Drittel des Betrags nach Art. 12 oder, wenn sie höher liegt, die Höchstgrenze für individuelle Studiengebühren nach Art. 15 der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997;³³
3. für ausländische Studenten, die zur Zeit der Erlangung des anerkannten Maturitätszeugnisses oder gleichwertigen Ausweises³⁴ Wohnsitz ausserhalb der Schweiz oder des Fürstentums Liechtenstein hatten oder einen damaligen Wohnsitz in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein nicht nachweisen können, den Beitrag nach Art. 12 der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997.³⁵

³ Gebühren nach Abs. 1 Bst. c und d dieser Bestimmung können kostendeckend bemessen werden.

VI. Disziplinarrecht

(6.)

Art. 34* *Geltungsbereich*

¹ Teilnehmer an Lehrveranstaltungen und Bewerber für die Zulassung zur Universität unterstehen dem Disziplinarrecht dieses Gesetzes.

Art. 35 *Disziplinarkommission*

¹ Die Disziplinarkommission spricht Recht in Disziplinarsachen.

² Ihr gehören an:

- a)* ein Präsident, der an der Universität weder tätig noch immatrikuliert ist;
- b)* ordentliche und ausserordentliche Professoren nach Universitätsstatut;³⁶
- c)* Angehörige des Mittelbaus und der Studentenschaft nach Universitätsstatut.³⁷

Art. 36* *Disziplinarfehler*

¹ Disziplinarfehler sind schuldhafte Verstösse gegen die Ordnung an der Universität, insbesondere:

- a) Behinderung von Personen an der Erfüllung ihrer Aufgaben an der Universität;

³² Art. 31 Abs. 1 Bst. a dieses Erlasses.

³³ sGS 217.81.

³⁴ Art. 31 Abs. 1 Bst. a dieses Erlasses.

³⁵ sGS 217.81.

³⁶ sGS 217.15.

³⁷ sGS 217.15.

- b) Stören von Veranstaltungen an der Universität;
- c) Unehhrlichkeit an Prüfungen.

Art. 37 Disziplinar massnahmen

¹ Disziplinar massnahmen sind:

- a) mündlicher Verweis;
- b) schriftlicher Verweis;
- c) Wegweisung aus einer Prüfung bei Unehhrlichkeit;
- d) Geldleistung bis Fr. 3000.-;
- e)* Androhung des Ausschlusses von Lehrveranstaltungen oder von der Universität;
- f) Ausschluss von Lehrveranstaltungen für das laufende und längstens das folgende Studienjahr;
- g)* Ausschluss von der Universität für längstens drei Jahre.

² Disziplinar massnahmen können verbunden werden.

Art. 38 Disziplinar verfahren

¹ Die Disziplinar kommission eröffnet auf Antrag des Rektors, des Senatsausschusses oder des Senates das Disziplinar verfahren und spricht Disziplinar massnahmen aus.

² Sie kann auf eine Disziplinar untersuchung verzichten, wenn der Tatbestand unbestritten ist und als Disziplinar massnahme ein Verweis in Frage kommt.

Art. 39 Ergänzende Vorschriften

¹ Das Universitätsstatut³⁸ regelt das Disziplinar verfahren.*

² Verwirkung und Verjährung richten sich nach Art. 8 bis 10 des Disziplinar gesetzes.³⁹

VII. Verwaltungsrechtspflege

(7.)

Art. 40 Grundsatz

¹ Verwaltungs verfahren und Rechtspflege richten sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege⁴⁰, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

38 sGS 217.15.

39 sGS 161.3.

40 sGS 951.1.

Art. 41 Zuständigkeit*
a) Senatsausschuss

¹ Verfügungen und Entscheide von Universitätsorganen können mit Rekurs beim Senatsausschuss angefochten werden, soweit dieses Gesetz nicht den Weiterzug an ein anderes Organ vorsieht.

Art. 42 b) Rekurskommission*

¹ Verfügungen von Universitätsorganen, die sich auf Studien- oder Prüfungsvorschriften stützen, können mit Rekurs bei der Rekurskommission angefochten werden.

² Ihr gehören an:

- a) drei bis fünf vom Senat gewählte ordentliche oder ausserordentliche Professoren, davon einer als Präsident;
- b) je ein Vertreter des Mittelbaus und der Studentenschaft.

Art. 43 c) Rekursinstanz der Teilkörperschaft

¹ Beschlüsse der Organe des Mittelbaus und der Studentenschaft können mit Rekurs angefochten werden.

² Die Teilkörperschaft bezeichnet in den Statuten die Rekursinstanz.

Art. 44 d) Universitätsrat*

¹ Mit Rekurs beim Universitätsrat können angefochten werden:

- a) Verfügungen des Senatsausschusses, des Senates und der Disziplinarkommission;
- b) Entscheide des Senatsausschusses, der Rekurskommission und der von der Teilkörperschaft bezeichneten Rekursinstanz.

Art. 45 Anfechtung von Prüfungen

¹ Angefochtene Verfügungen über Prüfungsergebnisse werden auf Rechtswidrigkeit überprüft.

VIII. Wissenschaftliche Institute und Forschungsstellen

(8.)

Art. 46 Stellung

¹ Wissenschaftliche Institute und Forschungsstellen sind der Universität angegliedert. Sie werden gesondert geleitet und verwaltet. Sie haben keine eigene Rechtspersönlichkeit.*

² Sie regeln Bestand, Organisation und Aufgaben durch Satzung.⁴¹

³ Die wissenschaftlichen Institute führen eigene Rechnung im Rahmen des Universitätshaushaltes.*

IX. Steuerung*

(9.)

Art. 46^{bis}* *Leistungsauftrag*

¹ Der Leistungsauftrag konkretisiert die Aufgaben der Universität nach Art. 2 dieses Gesetzes und nach dem Universitätsstatut⁴². Er schafft den Rahmen für Lehre, Forschung und Dienstleistungen von hoher Qualität und Wettbewerbsfähigkeit.⁴³

² Im Leistungsauftrag werden insbesondere festgelegt:

- a) Entwicklungsschwerpunkte;
- b) zu erbringende Leistungen (Programm-Portfolio);
- c) Zielwerte zu Bandbreiten für die Anzahl Studierender und das Betreuungsverhältnis;
- d) Bedarf an öffentlichen Mitteln und Immobilien.

³ Er wird für vier Jahre erteilt und auf Beginn des dritten Kalenderjahrs nach Beginn der Amtsdauer für Behörden des Kantons⁴⁴ erneuert.

Art. 46^{ter}* *Staatsbeitrag*

¹ Der Staatsbeitrag stellt die Erfüllung des Leistungsauftrags sicher.

² Er wird für vier Jahre beschlossen und auf Beginn des dritten Kalenderjahrs nach Beginn der Amtsdauer für Behörden des Kantons⁴⁵ erneuert.

³ Im Finanzhaushalt des Staates ist der Beitrag an die Universität ein Sonderkredit⁴⁶ der laufenden Rechnung⁴⁷. Der Anteil der Löhne passt sich einer Änderung der Löhne für das Staatspersonal⁴⁸ an.

41 sGS 217.5 und 217.6.

42 sGS 217.15.

43 Art. 1 Abs. 1 und Art. 27 HFKG, SR 414.20.

44 Art. 1 ADG, sGS 117.1.

45 Art. 1 ADG, sGS 117.1.

46 Art. 52 Abs. 3 und Art. 65 Bst. b StVG, sGS 140.1.

47 Art. 47 und Art. 48 StVG, sGS 140.1.

48 Art. 37 und Art. 38 PersG, sGS 143.1.

Art. 46^{quater} ★ Umsetzungsautonomie der Universität
a) Grundsatz

¹ Die Universität erfüllt den Leistungsauftrag und verwendet den Staatsbeitrag sowie die weiteren Mittel autonom.

² Sie führt die Jahresrechnung nach Massgabe der Vorschriften der Regierung über die Rechnungslegung und -konsolidierung.

Art. 46^{quingies} ★ b) unternehmerisches Handeln

¹ Die Universität nutzt im Rahmen der Erfüllung des Leistungsauftrags Chancen und trägt Risiken.

² Zur Wahrung der Entwicklungs- und Risikofähigkeit bildet und verwendet sie nach Massgabe der Vorschriften der Regierung Eigenkapital.

³ Stellen unvorhersehbare Entwicklungen oder ausserordentliche Umstände die Erfüllung des Leistungsauftrags in Frage, beantragt die Universität eine Anpassung des Leistungsauftrags oder des Staatsbeitrags.

Art. 46^{sexies} ★ c) Kontrolle und Berichterstattung

¹ Die Universität verfügt über ein den Risiken angemessenes internes Kontrollsystem und Risikomanagement.

² Sie erstattet nach Massgabe der Vorschriften der Regierung:

- a) jährlich einen Geschäftsbericht. Dieser äussert sich insbesondere zum Stand der Leistungserbringung und Mittelverwendung;
- b) alle vier Jahre einen Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags und die Verwendung des Staatsbeitrags.

Art. 46^{septies} ★ Immobilien
a) Grundsatz

¹ Der Staat stellt der Universität die Immobilien zur Verfügung, die sie zur Erfüllung des Leistungsauftrags benötigt.⁴⁹

² Die Universität entrichtet eine Abgeltung für die Nutzung auf der Grundlage einer betriebswirtschaftlichen Vollkostenrechnung.

³ Sie sorgt für den kleinen Unterhalt.

⁴⁹ Art. 46bis Abs. 2 Bst. d dieses Erlasses.

217.11

Art. 46^{octies}* b) *Ausnahme*

¹ Soweit die vom Staat zur Verfügung gestellten Immobilien den Bedarf nach dem Leistungsauftrag nicht abdecken, kann die Universität Mietverträge abschliessen.

Art. 47* ...

Art. 48* ...

Art. 49* ...

Art. 50* ...

IXbis. Universitäre Koordination*

(9^{bis}.)

Art. 50^{bis}* *Interkantonale Vereinbarungen*

¹ Der Staat kann interkantonalen Vereinbarungen über universitäre Koordination beitreten.

X. Verhältnis zur Pädagogischen Hochschule

(10.)

Art. 51 *Zusammenarbeit*

¹ Universität und Pädagogische Hochschule⁵⁰ arbeiten in Lehre und Forschung zusammen.*

² Sie nutzen Einrichtungen soweit möglich gemeinsam.

³ Der Rektor der Universität vertritt in interkantonalen, nationalen und internationalen Universitätsorganisationen in der Regel auch die Pädagogische Hochschule.*

50 Vgl. PHG, sGS 215.2.

XI. Schlussbestimmungen

(11.)

Art. 52 ⁵¹*Art. 53* ⁵²*Art. 54* *Aufhebung bisherigen Rechts*¹ Es werden aufgehoben:

- a) das Gesetz über die Handels-Hochschule vom 1. Januar 1955;⁵³
- b) das Gesetz über Finanzhaushalt und Trägerschaft der Hochschule St.Gallen vom 13. Juni 1976.⁵⁴

*Art. 55** *Vollzugsbeginn*¹ Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Gesetzes.*Art. 56** *Übergangsbestimmung des IV. Nachtrags vom 28. April 2015*⁵⁵¹ Der erste Leistungsauftrag und der erste Staatsbeitrag nach diesem Erlass werden auf Beginn des Jahres 2016 erteilt und beschlossen. Sie gelten für die Jahre 2016 bis 2018.

51 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

52 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

53 nGS 12–67 (sGS 217.11).

54 nGS 11–47 (sGS 217.12).

55 nGS 2015-081.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	30-94	26.05.1988	01.01.1989
Erlasstitel	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Ingress	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 2	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 4	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 5	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 6	Artikeltitel ge- ändert	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 6, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 6, Abs. 1	geändert	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 6, Abs. 2	eingefügt	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 6, Abs. 3	eingefügt	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 6, Abs. 3, a)	aufgehoben	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 6, Abs. 3, b)	aufgehoben	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 7	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 7, Abs. 2, f)	aufgehoben	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 7, Abs. 2, g)	geändert	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 7, Abs. 2, h)	eingefügt	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 7, Abs. 3	eingefügt	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 7 ^{bis}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 7 ^{ter}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Gliederungstitel 3.	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Gliederungstitel 3.1.	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 8	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 8, Abs. 2	geändert	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 8, Abs. 2, a)	eingefügt	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 8, Abs. 2, b)	eingefügt	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 8, Abs. 3	eingefügt	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 8, Abs. 4	eingefügt	2016-044	04.08.2015	01.06.2016
Art. 9, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 9, Abs. 1, a)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 9, Abs. 1, c)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 9, Abs. 1, f)	aufgehoben	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 9, Abs. 2	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 10	aufgehoben	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 10 ^{bis}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 11, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 11, Abs. 2, b)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 12, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 13	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 14, Abs. 1, e)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 15	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 16, Abs. 2	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 16, Abs. 2, b)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 16, Abs. 2, b ^{bis})	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 16, Abs. 2, e)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 19, Abs. 2	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 19 ^{bis}	eingefügt	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Gliederungstitel 3.3.	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 20, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 21	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 23	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Gliederungstitel 3.5.	geändert	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 27, Abs. 1	geändert	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 27, Abs. 2	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 27, Abs. 2	geändert	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 27, Abs. 3	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 28, Abs. 1, b)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 28, Abs. 3	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 30	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 30 ^{bis}	eingefügt	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 31, Abs. 1, b)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 31, Abs. 2	aufgehoben	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 33	geändert	47-42	31.01.2012	keine Angabe
Art. 34	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 35, Abs. 2, a)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 35, Abs. 2, b)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 35, Abs. 2, c)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 36	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 37, Abs. 1, e)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 37, Abs. 1, g)	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 39, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 41	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 42	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 44	geändert	42-55	23.01.2007	keine Angabe
Art. 46, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 46, Abs. 3	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Gliederungstitel 9.	geändert	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 46 ^{bis}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 46 ^{ter}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 46 ^{quater}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 46 ^{quinquies}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 46 ^{sexies}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 46 ^{septies}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 46 ^{octies}	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 47	aufgehoben	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 47, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 48	aufgehoben	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 49	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 49	aufgehoben	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Art. 50	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 50	aufgehoben	2015-081	28.04.2015	01.01.2016
Gliederungstitel 9 ^{bis} .	eingefügt	35-54	09.11.2000	keine Angabe
Art. 50 ^{bis}	eingefügt	35-54	09.11.2000	keine Angabe
Art. 51, Abs. 1	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 51, Abs. 3	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 55	geändert	30-74	06.04.1995	keine Angabe
Art. 56	eingefügt	2015-081	28.04.2015	01.01.2016

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
26.05.1988	01.01.1989	Erlass	Grunderlass	30-94
06.04.1995	keine Angabe	Erlassstitel	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Ingress	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 1	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 2	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 4	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 5	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 6, Abs. 1	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 6, Abs. 2	eingefügt	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 6, Abs. 3	eingefügt	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 6, Abs. 3, a)	aufgehoben	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 7	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Gliederungstitel 3.	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Gliederungstitel 3.1.	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 8	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 9, Abs. 1	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 9, Abs. 1, a)	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 9, Abs. 1, c)	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 9, Abs. 2	geändert	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 10	aufgehoben	30-74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 11, Abs. 1	geändert	30-74

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
06.04.1995	keine Angabe	Art. 11, Abs. 2, b)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 12, Abs. 1	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 13	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 14, Abs. 1, e)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 15	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 16, Abs. 2	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 16, Abs. 2, b)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 16, Abs. 2, e)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 19, Abs. 2	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 19 ^{bis}	eingefügt	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Gliederungstitel 3.3.	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 20, Abs. 1	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 21	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 23	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 27, Abs. 2	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 28, Abs. 1, b)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 28, Abs. 3	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 30	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 30 ^{bis}	eingefügt	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 31, Abs. 1, b)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 31, Abs. 2	aufgehoben	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 34	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 35, Abs. 2, a)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 35, Abs. 2, b)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 35, Abs. 2, c)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 36	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 37, Abs. 1, e)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 37, Abs. 1, g)	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 39, Abs. 1	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 41	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 42	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 46, Abs. 1	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 46, Abs. 3	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 47, Abs. 1	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 49	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 50	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 51, Abs. 1	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 51, Abs. 3	geändert	30–74
06.04.1995	keine Angabe	Art. 55	geändert	30–74
09.11.2000	keine Angabe	Gliederungstitel 9 ^{bis} .	eingefügt	35–54
09.11.2000	keine Angabe	Art. 50 ^{bis}	eingefügt	35–54
23.01.2007	keine Angabe	Art. 44	geändert	42–55
31.01.2012	keine Angabe	Art. 33	geändert	47–42

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
28.04.2015	01.01.2016	Art. 6	Artikeltitel ge- ändert	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 6, Abs. 1	geändert	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 6, Abs. 3, b)	aufgehoben	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 7, Abs. 2, f)	aufgehoben	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 7 ^{bis}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 7 ^{ter}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 9, Abs. 1, f)	aufgehoben	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 10 ^{bis}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 16, Abs. 2, b ^{bis})	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Gliederungstitel 3.5.	geändert	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 27, Abs. 1	geändert	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 27, Abs. 2	geändert	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 27, Abs. 3	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Gliederungstitel 9.	geändert	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 46 ^{bis}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 46 ^{ter}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 46 ^{quater}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 46 ^{quinquies}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 46 ^{sexies}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 46 ^{septies}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 46 ^{octies}	eingefügt	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 47	aufgehoben	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 48	aufgehoben	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 49	aufgehoben	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 50	aufgehoben	2015-081
28.04.2015	01.01.2016	Art. 56	eingefügt	2015-081
04.08.2015	01.06.2016	Art. 7, Abs. 2, g)	geändert	2016-044
04.08.2015	01.06.2016	Art. 7, Abs. 2, h)	eingefügt	2016-044
04.08.2015	01.06.2016	Art. 7, Abs. 3	eingefügt	2016-044
04.08.2015	01.06.2016	Art. 8, Abs. 2	geändert	2016-044
04.08.2015	01.06.2016	Art. 8, Abs. 2, a)	eingefügt	2016-044
04.08.2015	01.06.2016	Art. 8, Abs. 2, b)	eingefügt	2016-044
04.08.2015	01.06.2016	Art. 8, Abs. 3	eingefügt	2016-044
04.08.2015	01.06.2016	Art. 8, Abs. 4	eingefügt	2016-044